

Ruag-Chefin entschuldigt sich für ihre Aussagen zur Rüstungspolitik

- 27.05.2023
- Neue Zürcher Zeitung
- NIEL GERNY

Ruag- Chefin entschuldigt sich für ihre Aussagen zur Rüstungspolitik Brigitte Beck hatte an einem Podium die Neutralitätspolitik des Bundesrats kritisiert DANIEL GERNY Wenn sich die Spitze eines Unternehmens beim Verwaltungsrat sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für öffentlich gemachte Äusserungen entschuldigen muss, muss Gravierendes vorgefallen sein. Genau dies ist beim schweizerischen Rüstungskonzern Ruag MRO Holding AG geschehen. In einer internen Mitteilung an alle Ruag-Mitarbeitenden hat sich die Geschäftsführerin des Unternehmens, Brigitte Beck, für Aussagen entschuldigt, die sie an einer Podiumsdiskussion vor einigen Wochen über die Neutralität der Schweiz getätigt hat. Das berichtet der «Blick» am Freitag. Ein Sprecher der Ruag bestätigte gegenüber der NZZ auf Anfrage, Beck habe sich «für die Kontroverse der vergangenen Wochen entschuldigt, die durch ihre Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion entstanden war».

Im Kontrast zur Rechtslage Beck steht seit dem Podiumsauftritt politisch unter Druck. Im besagten Gespräch sagte Beck sinngemäss, Deutschland, Spanien oder Dänemark sollten Waffen und Munition auch ohne Wiederausfuhrbewilligung durch die Schweiz an die Ukraine liefern. Dies werde kaum Folgen haben. Diese Aussagen der Chefin des bundeseigenen Rüstungsbetriebs stehen im Kontrast zur Haltung des Bundesrates und zur geltenden Rechtslage. Die drei Länder versuchen seit Monaten, Rüstungsgüter aus Schweizer Produktion in das von Russland angegriffene Land zu liefern.

Doch der Bundesrat verweigert dazu seine Zustimmung und verweist auf die Neutralität und das vor einem Jahr verschärfte Kriegsmaterialgesetz. Seit ihren Aussagen bezeichnen vor allem Politikerinnen und Politiker aus der SVP Brigitte Beck als nicht mehr tragbar. Auch Verteidigungsministerin Viola Amherd und der Ruag-Verwaltungsratspräsident Nicolas Perrin zeigten sich über Becks Aussagen nicht glücklich. Schon zuvor war Beck als kommunikativ schwach aufgefallen: Sie gab den Zeitungen von CH Media ein Interview, liess dessen Veröffentlichung aber stoppen. Auch in diesem Gespräch soll sie sich «in bemerkenswert offener Weise geäussert» und deutliche Kritik am Bundesrat geübt haben, «gerade in der Frage um die Schweizer Neutralität im Zuge der Ukraine-Sanktionen», wie CH Media danach berichtete.

Die Angelegenheit sorgte in der Folge für rote Köpfe in sicherheitspolitischen Kreisen. In der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates war die Episode kürzlich ebenfalls ein Thema. Wer der «aktuellen Haltung des Bundesrates so in den Rücken fällt», sei nicht länger zu halten, sagte der SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter gegenüber der «NZZ am Sonntag». Deutliche Worte Die harsche Kritik an Beck erklärt die deutlichen Worte, mit denen sich diese nun in der internen Mitteilung zu Wort meldet: «Es ist mir ein grosses, persönliches Anliegen, mich gegenüber dem Eigner, dem Verwaltungsrat und euch als Mitarbeitenden für die entstandene Kontroverse der vergangenen Wochen zu entschuldigen», schreibt sie. Selbstverständlich lege sie als CEO von Ruag grössten Wert darauf, «dass unser Unternehmen konsequent und ausnahmslos innerhalb des geltenden politischen sowie rechtlichen Rahmens agiert».

Offen bleibt, ob die Kritik mit diesem späten Rückzieher abebbt - und sich Beck dauerhaft an der Spitze des Unternehmens halten kann..